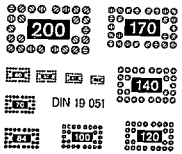
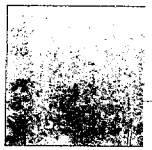



# Presseservice der SPD

Bonn, den 30. September 1994 805/94

"100-Tage-Programm" der SPD

## Für ein gerechtes und friedliches Deutschland



C 99 - 03919

Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Parteivorstand, Ollenhauerstraße 1, 53113 Bonn
Telefon: 0228/532300, Telex: 886306, Telefax: 0228/237065
Herausgeber: Günter Verheugen, Redaktion: Dagmar Wiebusch, Mechthild Reith

# Für ein gerechtes und friedliches Deutschland

Bei der Verwirklichung unseres Regierungsprogramms werden wir in den ersten 100 Tagen nach Amtsübernahme mit besonderem Vorrang sorgen

- für die Stärkung der deutschen Wirtschaft,
- für sichere Arbeitsplätze,
- für mehr Gerechtigkeit.

Damit werden wir die Grundlagen für ein modernes Deutschland festigen und ausbauen, in dem die Menschen friedlich und gerecht zusammenleben können. Unser Land wird heute unter seinen Möglichkeiten regiert. Die höchste Arbeitslosigkeit, die höchste Steuerbelastung und die höchste Staatsverschuldung in Deutschland seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges gefährden den wirtschaftlichen Fortschritt, den sozialen Zusammenhalt und die ökologische Modernisierung gleichermaßen. Wir werden die negative Bilanz der Regierung Kohl korrigieren.

Im Vordergrund der ersten 100 Tage unserer Regierungsarbeit stehen:

**1. "Zukunftsbündnis für Deutschland"**

Wir werden unmittelbar nach Übernahme der Amtsgeschäfte Gewerkschaften, Wirtschaft und Bundesbank zu einem Treffen ins Bundeskanzleramt einladen, um ein "Zukunftsbündnis für Deutschland" zu vereinbaren. Ziel dieser Gemeinschaftsinitiative der großen gesellschaftlichen Kräfte ist die Modernisierung des Standorts Deutschland und die Sicherung des sozialen Friedens. Dazu müssen die Wirtschafts- und Finanzpolitik, die Einkommenspolitik und die Stabilitätspolitik besser als bisher aufeinander abgestimmt werden. Durch gemeinsames Handeln von Wirtschaft, Gewerkschaften, Staat und Bundesbank werden wir in der nächsten Legislaturperiode rund zwei Millionen zusätzliche Arbeitsplätze schaffen.

**2. Steuersenkungsprogramm für die große Mehrheit**

Um das Wachstum binnenwirtschaftlich abzusichern und die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen möglich zu machen, werden wir die Massenkaufkraft verbessern. Dazu werden wir sofort ein Steuersenkungsprogramm für Normalverdiener und Familien beginnen. Das bringt einer Durchschnittsfamilie eine Steuersenkung von über 2.000 DM im Jahr:

- **Abschaffung des sogenannten "Solidaritätszuschlages" von 7,5 Prozent zum 1. Januar 1995.** Durch die SPD-Ergänzungsabgabe für hohe Einkommen werden 80 Prozent aller Steuerpflichtigen von dem Steuerzuschlag der Regierung Kohl befreit.

  Finanzierung: Aufkommen der Ergänzungsabgabe entspricht dem des "Solidaritätszuschlages" (rund 25 Mrd. DM). Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Steuerbefreiung der großen Mehrheit sofort die Nachfrage belebt und damit die Einnahmen verbessert, während die Steuererhöhung der Regierung Kohl Konjunktur und Arbeitsmarkt gefährlich schwächen würde.



- **Erhöhung des Kindergeldes auf monatlich 250 DM pro Kind, ab dem 4. Kind auf 350 DM.** Damit sorgen wir dafur, daß die Familien mit Kindern endlich zu ihrem Recht kommen.

  Finanzierung: Gesamtvolumen von rund 50 Milliarden DM wird aufkommensneutral finanziert durch Ersetzung der ungerechten Kinderfreibeträge (17 Mrd. DM), Umschichtung des heutigen Kindergeldes (22 Mrd. DM), maßvolle Begrenzung hoher Splittingvorteile (11 Mrd. DM); angesichts der finanziellen Not vieler Familien mit Kindern ist eine Begünstigung des Trauscheins bei Spitzenverdienern mit bis zu 22 842 DM im Jahr nicht länger zu rechtfertigen.

**3. Arbeitsmarktoffensive "Arbeit statt Arbeitslosigkeit"**

Durch eine Arbeitsmarktoffensive werden wir so schnell wie möglich etwa 700 000 Menschen aus der Arbeitslosigkeit herausführen:

Dazu werden wir ein **"Arbeits- und Strukturförderungsgesetz"** vorlegen. Dabei wird die Zahl der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die in den letzten Jahren von 2,1 Millionen auf 1,3 Millionen gekürzt worden ist, schrittweise erhöht. Zu unserer Arbeitsmarktoffensive gehören Fortbildung und Umschulung, Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaften sowie Lohnkostenzuschüsse für Langzeitarbeitslose.

Wir wollen eine **Teilzeitinitiative** für Privatwirtschaft und Öffentlichen Dienst. Dabei gewährt die Bundesanstalt für Arbeit Sonderprämien an Arbeitnehmer und Arbeitgeber, die durch Teilzeitarbeit Entlassungen vermeiden oder Neueinstellungen ermöglichen.

Finanzierung: Umschichtung der Mittel, die jetzt noch vor allem für die Bezahlung von Arbeitslosigkeit ausgegeben werden, hin zur Finanzierung von Arbeit (rund 20 Mrd. DM) sowie verbessertes Aufkommen bei Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen durch mehr Beschäftigung. Zur Anschubfinanzierung erfolgt eine begrenzte Erhöhung des Bundeszuschusses an die Bundesanstalt für Arbeit.

**4. "Aufbauprogramm Deutsche Einheit"**

- Um in den neuen Ländern Arbeitsplätze zu retten, werden gemeinsam mit den Noch-Treuhandbetrieben Sanierungskonzepte erarbeitet. Die Modernisierung und Produktemeuerung dieser Betriebe wird in einem Zeitraum von bis zu fünf Jahren mit Sanierungshilfen gefördert (insbesondere verbürgte und verbilligte Modernisierungskredite).

- Wir werden gemeinsam mit Unternehmen, Gewerkschaften und Ländern ein Lehrstellenprogramm "Jugend braucht Zukunft" auflegen, um den Ausbildungsplatzmangel in Ostdeutschland zu überwinden.

- Durch Anerkennung gleichwertiger Berufsausbildungen und -erfahrungen sollen Diskriminierungen beendet werden.

- Um die Wettbewerbsfähigkeit privatisierter und neu gegründeter mittelständischer Betriebe zu verbessern, werden zum Ausgleich von Unterkapitalisierungen verbürgte und verbilligte Liquiditäts- und Modernisierungskredite zur Verfügung gestellt.

Stiftung Bonn Bibliothek

C 99 - 03919

- Mit Präferenzregelungen bei öffentlichen Aufträgen wird der Marktzugang ostdeutscher Produkte gefördert

- Ein "Aufbaustab neue Länder" im Bundeskanzleramt wird durch eine bessere Koordinierung der Maßnahmen den Aufbau Ost beschleunigen und für einen wirksameren Einsatz der Mittel sorgen

Finanzierung s. Ziffer 16

**5. Verbesserung der Rahmenbedingungen für Investitionen und Mittelstand**

Wir werden ein **"Investitionsgesetz 95"** vorlegen, das mit günstigen Abschreibungsbedingungen und Investitionszulagen die technologische und ökologische Modernisierung voranbringt. Gefördert werden mit Wirkung vom 1. Januar 1995 Zukunftsinvestitionen in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Umweltschutz, Energieeinsparung sowie alternative Energien (Investitionen, die über das entsprechende Investitionsvolumen der jeweils letzten drei Jahre hinausgehen). Diese Maßnahmen dienen zugleich der ökologischen Modernisierung unserer Volkswirtschaft.

**Wir werden die mittelständische Wirtschaft stärken.** Dazu gehört: Besserer Zugang zu privatem Risikokapital für junge Unternehmen und Existenzgründer, wirksame Förderung für angehende Handwerksmeister, Stärkung der Gemeinschaftsforschung und Personalkostenzuschüsse für Forschungskapazitäten mittelständischer Betriebe.

Finanzierung: Aufkommensneutrale Finanzierung durch Abbau ungerechtfertigter Steuersubventionen im Unternehmensbereich.

**6. Stärkung von Forschung und Technologie**

Der Anteil des Forschungsetats am Gesamthaushalt wird schrittweise wieder erhöht. Die Mittel für den Bau von Hochschulen und Studentenwohnheimen werden aufgestockt.

Wir werden zusammen mit Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft und Verbänden die Initiative zum Ausbau von Zukunftsindustrien im Bereich der Informations- und Kommunikationstechniken, der Biotechnologien, der Luft- und Raumfahrttechnik und Umwelttechnik ergreifen.

Finanzierung: s. Ziffer 16

**7. BAföG-Verbesserung**

Anhebung der Bedarfssätze um vier Prozent rückwirkend zum Herbst 1994 und der Freibeträge um zwei Prozent zum Herbst 1994 und 1995.

Finanzierung: s. Ziffer 16.

**8. "100.000 Dächer-Programm" zur Nutzung der Sonnenenergie**

Um einen Schritt für den Übergang ins Solarzeitalter zu machen, werden wir Anfang 1995 ein "100.000 Dächer-Programm" starten.

Finanzierung: s. Ziffer 16.



**9. Abwrackprämie für Altautos**

Wir werden für zwölf Monate eine "Abwrackprämie" in Höhe von 1.000 DM gewähren wenn ein Altfahrzeug ohne Katalysator durch einen Neuwagen mit geregeltem Katalysator ersetzt wird. Damit werden wir die Konjunktur stärken und den Kauf verbrauchsärmerer Fahrzeuge fördern

Finanzierung: Der zusätzliche Absatz der Automobilindustrie vergrößert das Steueraufkommen automatisch

**10. Energiekonsens für zukunftssichere Energieversorgung**

Wir werden Anfang 1995 alle wichtigen gesellschaftlichen Gruppen an einen Tisch holen, um zu einem neuen nationalen Energiekonsens zu kommen. Dieser wird der heimischen Kohle dauerhaft einen sicheren Platz in der deutschen Energieversorgung gewährleisten und zugleich die Nutzung der erneuerbaren Energiequellen forcieren. Dadurch wird der Verzicht auf Atomenergie möglich. Durch den Ausstieg aus der Atomenergie wollen wir den Weg für eine zukunftssichere und kostengünstige Energieversorgung freimachen

**11. Sofortprogramm für den sozialen Wohnungsbau**

Mit Beginn des Jahres 1995 werden wir den Bau von 200.000 zusätzlichen Sozialwohnungen fördern. Dazu werden in einem zweijährigen Sofortprogramm besondere Zinszuschüsse gewährt.

Finanzierung: Abbau ungerechtfertigter Abschreibungsvorteile, z.B. für Luxusmodernisierung.

**12. Schlechtwettergeld für Bauarbeiter**

Um zu verhindern, daß im Winter Hunderttausende von Bauarbeitern arbeitslos werden, wird die bewährte Schlechtwettergeld-Regelung wieder eingeführt.

Finanzierung: Einsparungen bei der Bundesanstalt für Arbeit in Höhe der Mittel, die sonst an arbeitslose Bauarbeiter gezahlt werden müßten.

**13. Mehr Rechte für die Frauen**

Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wird der Frauenpolitik einen besonderen Stellenwert einräumen, um die Gleichstellung von Frauen und Männern, vor allem im Erwerbsleben, voranzubringen. Wir werden ein neues Bundesgleichstellungsgesetz vorlegen, das die Einbeziehung der Privatwirtschaft und u.a. eine qualifikationsbezogene Quote vorsieht. Der Frauenförderung werden wir bei der Reform der Arbeitsmarktpolitik durch ein neues Arbeits- und Strukturförderungsgesetz hohe Priorität einräumen. Zur effizienten Verteilung der Arbeit werden wir ein neues Arbeitszeitgesetz vorlegen und dabei Arbeitszeitregelungen vorsehen, die die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen und das Teilzeitarbeit verstärkt auch in mittleren und höheren Positionen anbietet. Wir werden unverzüglich für eine verfassungskonforme Neuregelung des § 218 sorgen und dabei die Möglichkeiten des Verfassungsgerichtsurteils so nutzen, daß der Schutz des werdenden Lebens und das Selbstbestimmungsrecht der Frau gewahrt wird.

**14. Kassensturz für Haushaltswahrheit**

Am ersten Tag nach der Amtsübernahme wird die neue Bundesregierung einen umfassenden Kassensturz einleiten. Damit soll endlich Klarheit über die wahre Lage der Staatsfinanzen geschaffen werden. Um sicherzustellen, daß alle bisher versteckten Haushaltsrisiken aufgedeckt und alle Einsparmöglichkeiten genutzt werden, wird für diesen Kassensturz sofort eine Sonder-Prüfgruppe des Bundesrechnungshofs eingesetzt. Ausgaben im Haushalt 1994, für die keine Verpflichtung besteht, werden auf ihre Notwendigkeit überprüft.

**15. Abbau von Regierungsapparat und Staatsbürokratie**

Der aufgeblähte Bonner Regierungsapparat wird verkleinert. Die Zahl der Bundesministerien wird um fünf auf nur noch 13 Ministerien verringert. Die Zahl der Staatssekretäre wird um ein Drittel reduziert. Bei den Personalkosten des Bundes werden spürbare Einsparungen vorgenommen.

**16. Ehrliche und solide Haushaltspolitik**

Die SPD-geführte Bundesregierung wird einen soliden Bundeshaushalt 1995 und eine ehrliche und vollständige Finanzplanung vorlegen. Durch Umschichtung vorhandener Mittel soll für mehr Beschäftigung und mehr soziale Gerechtigkeit gesorgt werden.

Dieses 100-Tage-Programm wird solide finanziert durch gezielte Umschichtungen im Haushalt und durch Abbau ungerechtfertigter Steuersubventionen. Die Durchsetzung geltenden Rechts gegenüber Steuerhinterziehung und Subventionsbetrug erbringt zusätzliche Mittel.

Dieses 100-Tage-Programm führt gegenüber der Finanzplanung der jetzigen Bundesregierung weder zu einer Erhöhung der Steuer- und Abgabenquote noch zu einer Erhöhung der Nettokreditaufnahme. Wir verzichten auf die von der Regierung Kohl gemachten Wahlversprechungen von 87 Milliarden DM. Wir werden einen strikten Konsolidierungskurs verfolgen. Die Neuverschuldung muß schrittweise zurückgeführt werden. Unser Ziel ist es, die Steuer- und Abgabenbelastung und die Staatsquote so schnell wie möglich zu senken. Ein spürbarer Konsolidierungsbeitrag ergibt sich durch den von uns erreichten Abbau der Arbeitslosigkeit.